Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
- Drucksache 16/1048 -

Nationalpark – Voraussetzungen, Ziele und Konflikte

Die Große Anfrage vom 14. März 2012 hat folgenden Wortlaut:

In ihrer Pressekonferenz vom 1. Juni 2011 hat sich Umweltministerin Höfte darauf festgelegt, dass in dieser Legislaturperiode der erste Nationalpark in Rheinland-Pfalz entstehen soll.

Wir fragen die Landesregierung:

A. Die Informationen der Landesregierung zu Notwendigkeit, Bedeutung und Finanzierbarkeit eines Nationalparks sind unzureichend und widersprüchlich.

1. Spricht die Aussage der Umweltministerin, mit der Einrichtung eines Nationalparks spiele Rheinland-Pfalz in der ersten Naturschutz-Bundesliga mit, dafür, dass es sich um ein Prestigeprojekt für die Landesregierung handelt?

2. Wie vereinbart sich die Ankündigung der Umweltministerin mit den Aussagen von Mitgliedern der bis 2011 antwortenden Landesregierung, dass geeignete Naturschutz- und Nutzungsbereiche bei der relativen Besiedelung und Nutzung in Rheinland-Pfalz nicht zur Verfügung stünden (BUND-Kandidaten-Check 2011)?

3.a) Worin besteht für die Landesregierung der materielle bzw. immaterielle Mehrwert eines Nationalparks für Rheinland-Pfalz über welchen Zeitraum hinweg?


3.c) War die Äußerung von Ministerpräsident Beck und Umweltministerin Conrad vom 1. Februar 2011 falsch, dass „in unseren Wildnern Nachhaltigkeit gelebt“ werde?

3.d) Welche tatsächlichen Defizite gibt es, die ein Nationalpark ausgleicht?

3.e) Welcher Anteil an der Staatswaldfläche in Rheinland-Pfalz ist bereits jetzt aus welchen Gründen und in welcher Form in der sogenannten Null-Nutzung, inwieweit gibt es vor diesem Hintergrund tatsächlich zu wenig unberührte Natur in Rheinland-Pfalz?

4.a) Welche jährlichen Mehrausgaben bzw. Mindesteinnahmen erwartet die Landesregierung von der Einrichtung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz für das Land über welchen Zeitraum hinweg bzw. in welchem Umfang hält sie solche Mehrkosten für akzeptabel?

4.b) Inwiefern gilt das insbesondere und jeweils für Vorplanung, Planung, Entwicklung, Betrieb, Verwaltung, Begleitung/ Evaluation und Folgewirkungen?

4.c) Bei welchen gegenüber einem Nationalpark nachrangigen Projekten, Aufgaben und Ausgaben sollen die Mehrausgaben eingespart werden?

4.d) Was spricht dagegen, mit der Einrichtung eines Nationalparks zu warten, bis eine Haushaltskonsolidierung erfolgt ist?

B. Die Äußerungen der Landesregierung zu den Auswirkungen eines Nationalparks sind unzureichend und einseitig, weil ausschließlich mögliche Vorteile dargestellt werden.


a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
d) Inwiefern konnten Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
e) Welche belebaren Vorteile stehen dem gegenüber?
f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

6. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für Forstwirtschaft und Förstverwaltung entstehen?
a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
d) Inwiefern konnten Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
e) Welche belebaren Vorteile stehen dem gegenüber?
f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

7. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für Kommunalentwicklung und Kommunalhaushalte entstehen?
a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
d) Inwiefern konnten Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
e) Welche belebaren Vorteile stehen dem gegenüber?
f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

8. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die lokale und regionale Wirtschaft, insbesondere die Holzwirtschaft und die damit verbundene Wertschöpfung, z. B. durch zurückgehende Holznutzungsmöglichkeiten aufgrund der Stilllegung von Waldflächen, entstehen?
a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
d) Inwiefern konnten Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
e) Welche belebaren Vorteile stehen dem gegenüber?
f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

9. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die lokale und regionale Beschäftigung entstehen?
a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

10. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Nutzung regenerativer Energien (insbesondere Windenergieanlagen und Versorgung mit Holz als regenerativem Energieträger) entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

11. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Landwirtschaft entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

12. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Erschließung und Offenheit des Waldes für die Bürger entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

13. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für den Tourismus entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

14. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Klimawirksamkeit und den Wasserhaushalt entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

15. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für Wildbestand, Jagdrecht und Jagdausübung entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

C. Die Äußerungen und das Vorgehen der Landesregierung haben zu großer Verunsicherung hinsichtlich des weiteren Verfahrens beigetragen.

16. Inwieweit ist die Suche nach einem Nationalpark-Standort angesichts der Aussage der Umweltministerin, mit der Einrichtung eines Nationalparks spiele Rheinland-Pfalz in der ersten Naturschutz-Bundesliga mit, Ergebnissen?

17. Welche Personen oder Stellen können wirksame Bewerbungen für einen Nationalpark-Standort abgeben?

18. Wie wird der Willen der Bevölkerung ermittelt und dokumentiert?

19. Gehört eine Revisionsoption zur Planung für einen Nationalpark?

20. Inwieweit soll die bisherige Leitlinie „Naturschutz durch Nutzung“ verlassen werden?


22. Warum wurde zunächst eine Bekundung evtl. Interesses an der Einrichtung eines Nationalparks bis Ende 2011 erwartet?

23. Wie konnte die Landesregierung eine derartige Frist angesichts der komplexen damit verbundenen Fragen für angemessen halten?

24. Warum hat die Landesregierung zudem in einer Weise informiert, die vor Ort vielfach für unzureichend gehalten wurde?

25. Wie lange dauert die Umbauphase, bis die Waldfläche ihren Charakter als Nationalpark entfaltet?

26. Inwiefern besteht vor diesem Hintergrund Zeitdruck für die Einrichtung eines Nationalparks?

27. Hat für die Landesregierung eine schnelle Entscheidung Vorrang vor einer fundierten Entscheidung gehabt?

28. Wie reagiert die Landesregierung auf die ablehnende Haltung der Bevölkerung zur Einrichtung eines Nationalparks, wie sie jetzt bei verschiedenen Informationsveranstaltungen deutlich geworden ist?

29. Inwieweit sind die Ergebnisse der Informationsveranstaltung Anlass, die Pläne und das Vorgehen zu überdenken?

30. Sieht die Landesregierung ihre Rolle im Entscheidungsprozess darin, ihre Absicht zur Einrichtung eines Nationalparks durchzusetzen, oder darin, die potenziell Betroffenen auch über mögliche Konflikte, Belastungen und Nachteile im Sinne einer abgewogenen Entscheidung zu informieren?

31. Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Aussage in Drucksache 16/552, es sei ihr erklärtes Ziel, innerhalb der laufenden Legislaturperiode ein geeignetes
Gebiet für einen Nationalpark zu finden, und der aktuellen Aussage auf der Homepage, die Phase des Beratungsprozesses nach dem Interessebekundungsverfahren sei zeitlich unbefristet? Was gilt?


35. Mit welchem personellen Bedarf wird gerechnet? Plant die Landesregierung zur Deckung des Personalbedarfs eine entsprechende Zahl von Neuanstellungen oder soll das Personal aus der Forstverwaltung bzw. der Naturschutzverwaltung (oder auch aus anderen Verwaltungen) zum Nationalpark gezogen werden? Wie kann die Aufgabenerfüllung in den Verwaltungen sichergestellt werden, die für den Nationalpark Personal abzugeben haben?

36. Welche Vorstellung hat die Landesregierung zur Ausstattung des Nationalparks mit einem Besucherzentrum? Mit welchen einmaligen und mit welchen laufenden Kosten wird dort gerechnet?

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 27. April 2012 – wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung


Mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie werden diese Erkenntnisse und Handlungserfordernisse aufgegriffen sowie die vereinbarten Ziele zu konkreten Aktionsfeldern verfeinert und auf die Gegebenheiten in Deutschland zugeschnitten. Diese Strategie wurde vom damaligen Bundeskabinett am 7. November 2007 verabschiedet und erfüllt die in Artikel 6 der UN-Biodiversitätskonvention enthaltene Verpflichtung der Vertragsstaaten, solche Programme und Strategien zu entwickeln.


Die Nationale Biodiversitätsstrategie bildet die langfristige Handlungsgrundlage für diesen zentralen Sektor des Naturschutzes in Deutschland über die Grenzen von Legislaturperioden hinweg. Sie verlangt dabei auch die „natürliche Entwicklung auf 10 % der Waldfläche der öffentlichen Hand bis 2020“. Diese Zielsetzung hat die derzeitige Bundesregierung mit der aktuellen „Bundeswaldstrategie“ bekraftigt.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz befürchtet sich zu ihrer Verantwortung innerhalb dieser weltweit vereinbarten und auf nationaler Ebene verankerten Vorgesehweise. Auch bei dem Ziel einer verstärkten natürlichen Entwicklung in den heimischen Wäldern kann und will Rheinland-Pfalz nicht abseits stehen. Es ist erklärtes Ziel, im Staatswald bis 2020 die angestrebten 10 % Waldfläche für die natürliche Entwicklung bereitzustellen.

Dieses wichtig Ziel ist anspruchsvoll, aber erreichbar. Nicht zuletzt durch frühzeitige Implementierung verschiedener Instrumente des Wildnis- bzw. Prozessschutzes unter der Verantwortung früherer Landesregierungen sind heute immerhin schon knapp 4 % des Staatswaldes so geschützt.
Hierauf kann aufgebaut werden. Dabei ist auch zu entscheiden, wie im Einzelnen die noch ergänzende auszuschließende Waldflächen bestimmt werden, um bestmögliche Resultate zu erzielen. Methodisch richtungsweisend ist dabei die „Strategieempfehlung Waldnisgebiete“ der Länderfachbehörden für Naturschutz und des Bundesamts für Naturschutz, die schon 1997 eine Mischung unterschiedlich großer Wildnisflächen (von zahlreichen unter 20 ha bis zu wenigen mit ca. 10 000 ha) empfahl, um allen naturschutzfachlichen Belangen angemessen zu entsprechen.

Ein derart abgestuftes System wird auch dem Vorgehen in Rheinland-Pfalz zugrunde gelegt. Im Weiteren stellt sich dabei die Frage, ob eine Aggregierung eines Teils der für die natürliche Entwicklung jetzt noch zu widmenden Staatswaldflächen zu einer großflächiger Einheit und deren gleichzeitige Qualifizierung als Nationalpark möglich ist. Aus naturschutzfachlicher Sicht sind die Voraussetzungen hierfür in Rheinland-Pfalz gegeben.

Im Koalitionsvertrag vom Mai 2011 wurde vereinbart, die Suche nach einem geeigneten Gebiet für einen Nationalpark mit dem Ziel aufzunehmen, innerhalb der Legislaturperiode eine geeignete Region zu finden und die notwendigen Schritte auf den Weg zu bringen.

Eine Einrichtung eines Nationalparks verwirklicht somit nicht nur die quantitativ ausreichende Flächenbereitstellung im Sinne der Nationalen Biodiversitätssstrategie, sondern schafft eine naturschutzfachlich optimierte Lösung gegenüber Varianten ohne Einbeziehung großflächiger Elemente.

Darüber hinaus bewirkt ein so zustande gekommener Nationalpark zusätzliche Vorteile für den Naturschutz und andere Belange:

- Ein Nationalpark ist Referenzraum für die wissenschaftliche Beobachtung natürlicher Abläufe.
- Er ermöglicht qualifizierte und besondere Bildungs- und Erlebnisangebote.
- Er ist Plattform für weiter- und tiefergehende Nähe zwischen Natur und Mensch, auch für junge Menschen.
- Er wirkt in seine Umgebung als Identifikationspunkt und wertgebendes Alleinstellungsmerkmal.
- Er schafft Impulse für die Regionalentwicklung als landesweit herausgehobener Schwerpunktraum (Nationalparkregion).
- Er ist touristische Destination hoher Bedeutung.

Die sich insoweit eröffnenden Chancen zeigen, dass diese Entwicklungspotenziale ebenso gewichtig sind wie die für die Biodiversität erreichbaren Effekte. Andere Bundesländer und Staaten haben diese positiven Perspektiven über die Ausweisung von Nationalparks bereits aufgegriffen. Nationalparks sind regelmäßig volkswirtschaftlich bedeutende Instrumente der Zukunftsgestaltung vor allem für ansonsten benachteiligte Regionen – weltweit.


Es erscheint der Landesregierung wünschenswert und angezeigt, solch positive Impulse für die Regionalentwicklung über die Planung des Nationalparks in eine ländliche Region des Landes ebenfalls zu verwirklichen.


Die nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Klimawandels erforderliche Hinwendung zum naturnahen Waldbau und Fortsetzung des bereits erfolgreich beschrittenen Weges führt auch auf dem Holzmarkt zu einer Erhöhung des Anteils heimischer Baumarten. Hier fördert die Landesregierung gezielt die Initiierung im Bereich der Forst- und Holz, um die Angebotspalette in der Wertschöpfungskette zu erweitern und die Wertschöpfungstiefe der vor Ort agierenden Betriebe zu verbessern.


Im Rahmen einer naturschutzfachlichen Vorauswahl wurden 2011 diejenigen Räume ausgewählt, die folgende zentrale Anforderungen erfüllen:

- Die Fläche soll im Eigentum des Landes sein.
- Das Gebiet soll 8 000 bis 10 000 Hektar groß sein.
- Auf 75 % dieser Fläche soll sich die Natur frei entwickeln können.
- Das Gebiet soll herausragende Bedeutung für den Biotopverbund besitzen.
- Die Fläche soll weitgehend unzerschnitten sein.

Die so in Frage kommenden Suchräume sind, wie bereits im September 2011 veröffentlicht wurde:
- Saargau-Hochwald
- Hochwald-Idarwald
- Soonwald
- Pfälzerwald
- Baumbolder (wegen militärischer Nutzung nicht möglich)


Vor diesem Hintergrund beantwortete ich die Große Anfrage 16/1048 der Fraktion der CDU von der Landesregierung wie folgt:

A. Die Informationen der Landesregierung zu Notwendigkeit, Bedeutung und Finanzierbarkeit eines Nationalparks sind unzutreffend und widersprüchlich.

1. Spricht die Aussage der Umweltministerin, mit der Einrichtung eines Nationalparks spiele Rheinland-Pfalz in der ersten Naturschutz-Bundesliga mit, dafür, dass es sich um ein Prestigeprojekt für die Landesregierung handelt?

Nein.

2. Wie vereinbart sich die Ankündigung der Umweltministerin mit den Aussagen von Mitgliedern der bis 2011 amtierenden Landesregierung, dass geeignete Suchräume bei der relativen Besiedelung und Nutzung Rheinland-Pfalz nicht zur Verfügung stünden (BUND-Kandidaten-Check 2011)?


3. a) Worin besteht für die Landesregierung der materielle bzw. immaterielle Mehrwert eines Nationalparks für Rheinland-Pfalz über welchen Zeitraum hinweg?

Die Einrichtung eines Nationalparks leistet einen bedeutenden und langfristig ausgelegten, d. h. dauerhaft fortbestehenden Beitrag vor dem Hintergrund der gegenwärtigen und im globalen Maßstab immer deutlicher hervortretenden Erfordernissen zum Schutz des biologischen Naturerbes und seiner Weiterentwicklung unter Rahmenbedingungen, welche die Beeinflussung durch den Menschen möglichst ausschließen. Hierüber entstehen unterschiedliche positive Wirkungen, die sowohl materielle Vorteile als auch immaterielle Werte – oft gegenseitig verschärft – bewirken. Als Beispiele können genannt werden:
- Sicherung eines vergleichsweise großen Anteils der Artenvielfalt. Anhand der Erfassungen in anderen Nationalparks kann erwartet werden, dass bis zu etwa einem Viertel der rund 40.000 Arten in Rheinland-Pfalz in einem Nationalpark (entspricht 0,5 % der Landesfläche) gesichert wird.
Besonders profitieren können z. B. solche Arten, die auf alte, höhlenreiche und auch absterbende Bäume und von diesen geprägte Wälder angewiesen sind (Spechte, Fledermäuse, hortsbauende Vogelarten, Moose, Flechten, Pilze, Käfer) bzw. störungs-empfindlich sind (z. B. Wildkatze, Luchs, Schwarzwild).

Bei einer ausreichenden Größe – ein naturschutzfachlich anerkannter Zielwert liegt bei 8 000 bis 10 000 Hektar – wird nicht nur ein bedeutender Ausschnitt aus dieser Vielfalt, sondern sogleich ein Artenbestand gesichert, der idealerweise eine komplekte Lebensgemeinschaft (Biotome) mit ihrem vollständigen Ökosystem umfasst. Nur so entsteht ausreichende Stabilität gegenüber Veränderungen im Umfeld.

Von der bedeutenden Größe positiv beeinflusst wird auch die in einem Nationalpark zu sichernde innerartliche Vielfalt ange- sichts höherer Individuenstärken der einzelnen Arten – eine wesentliche Komponente der Biodiversität insbesondere mit Blick auf evolutionäre Prozesse.

Im Nationalpark können alle natürlichen Prozesse weitestmöglich uneingeschränkt und unverfälscht ablaufen. Das Gebiet ist dabei groß genug, um sich dabei nicht als Ganzes – auch bei der Biodiversität einseitig – zu verändern, sondern ständig ein Mosaik unterschiedlicher Entwicklungsstadien vorhalten zu können, die den unterschiedlichen Lebensraumansprüchen entsprechen kann.


Weltweit nutzt man die besonderen Qualitäten von Nationalparks für nachhaltigen Tourismus, die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Platzierung regionaler Produkte und Dienstleistungen. Chancen auf einen entsprechenden Mehrwert auch in einem rheinland-pfälzischen Nationalpark müssen als realistisch eingeschätzt werden.

Die außergewöhnliche, herausgehobeene und attraktive Stellung von Nationalparks liegt – auch in wertbegründender Hinsicht – in seiner besonderen und unmittelbaren Wirkung auf den ihn beschaulichen und seine Qualitäten erlebenden Menschen:


Nicht zuletzt dürfen wichtige und wertvolle Forschungsergebnisse aus der in Nationalparks möglichen wissenschaftlichen Dauerbeobachtung erwartet werden. Der Nationalpark in Rheinland-Pfalz soll allen in den Hochschulen des Landes vertretenen einschlägigen Wissenschaftsdisziplinen zur Verfügung stehen.


3. c) Welche tatsächlichen Defizite gibt es, die ein Nationalpark ausgleicht?


3. e) Welcher Anteil an der Staatswaldfläche in Rheinland-Pfalz ist bereits jetzt aus welchen Gründen und in welcher Form in der sogenannten Null-Nutzung, inwieweit gibt es vor diesem Hintergrund tatsächlich zu wenig unberührte Natur in Rheinland-Pfalz?

Im Staatswald sind bereits zahlreiche, jedoch oft nur kleinflächige Bereiche dauerhaft aus der Nutzung genommen worden. Der Gesamtumfang beträgt sich auf knapp 4 % der Staatswaldfläche. Im Einzelnen sind derzeit folgende Gebiete mit formaler Bindung nutzungsfrei:

- Naturwaldfläche Bienwald 1 668,0 ha
- Kernzonen Biosphärenreservat (nur Staatswald) 3 467,1 ha
- Naturwaldreservate 1 596,0 ha
- Naturschutzgebiete ohne Nutzung 599,9 ha

Summe: 7 331,0 ha

Darüber hinaus wird auf 262 ha Weichholzflächen (ohne Wasserflächen) keine Holzernte betrieben. Ferner gibt es 2 170 Hektar in Hanglagen über 50 % Hangneigung, die nicht bewirtschaftet werden können.

4. a) Welche fachlichen Methode oder Zahlen und Minderheiten erwartet die Landesregierung von der Einrichtung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz für das Land über welchen Zeitraum hinwieg bis in welchem Umfang lässt sie solche Mehrkosten für akzeptabel?


Da das Interessenbundesausschussverfahren zurzeit noch nicht abgeschlossen ist, kann heute noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, in welchem potenziellen Gebiet ein Nationalpark welchen konkreten Zuschnitt haben könnte.


Es ist beabsichtigt, bei der Einrichtung eines Nationalparks auf bestehende und bewährte Strukturen bei Landesforsten zurückzugreifen und daraus ein Nationalpark-Forstamt zu entwickeln. Die hierbei entstehenden Kosten verursachen im Gegensatz zum Aufbau einer neuen Verwaltung zunächst nur in begrenztem Umfang Mehraufgaben.

4. b) Inwiefern gilt das insbesondere und jeweils für Vorplanung, Planung, Entwicklung, Betrieb, Verwaltung, Begleitung/Evaluation und Folgewirkungen?

Für die Vorplanung und erste Erhebungen ist im Haushalt 2013 ein Betrag von 500 000 Euro eingestellt.


Alle weiteren Schritte können erst im Fortgang der Abstimmung in den Regionen und mit zunehmend konkreter Abgrenzung quantifiziert werden.
4. c) Bei welchen gegenüber einem Nationalpark nachrangigen Projekten, Aufgaben und Ausgaben sollen die Mehrausgaben eingespart werden?

Da bisher weder eine Gebietsauswahl noch eine konkrete Gebietsabgrenzung feststehen, kann zurzeit seriöserweise noch nicht hinlänglich genau kalkuliert werden, ob und welche Mehrkosten entstehen bzw. wie beeinflusst werden können. Insoweit ist die Frage nach einer Gesamtfinanierung heute noch nicht beantwortbar. Dies betrifft auch die Frage, ob Mehrausgaben durch Wegfall bestimmter Vorhaben an anderer Stelle einzusparen sind.

4. d) Was spricht dagegen, mit der Einrichtung eines Nationalparks zu warten, bis eine Haushaltskonsolidierung erfolgt ist?

Die Gesamtsituation des Landeshaushalts begründet keine Notwendigkeit, das Projekt der Einrichtung eines Nationalparks unter besonderen Vorbehalt zu stellen. Es steht nicht zu erwarten, dass Art und Umfang der mit der Ausweisung verbundenen Investitionen den Landeshaushalt in Frage stellen könnte.

Ein Nationalpark wird angesichts seines naturschutzfachlichen Stellenwertes in herausgehobener Weise dafür qualifiziert sein, Mittel des Okokontos gezielt und gebündelt für die ökologische Entwicklung des Parks einsetzen. Dies macht u.U. zusätzliche Investitionen entsprechend entbehrlich und schafft andererseits einen spürbaren Schwerpunkt für Ausgleichsmaßnahmen im Wald. Damit kann die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen reduziert werden.

Da mit einem Nationalpark zudem auch neue externe Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen sowie Impulse für die Regionalentwicklung gegeben werden können und sollen, dürfte ein zögerliches Abwarten für das Land und die betroffene Region letztlich kontraproduktiv sein.

B. Die Äußerungen der Landesregierung zu den Auswirkungen eines Nationalparks sind unzureichend und einseitig, weil ausschließlich mögliche Vorteile dargestellt werden.


a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwieweit wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?


f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

6. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für Forstwirtschaft und Forstverwaltung entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinnehmbar?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

Nachteile für die Forstverwaltung werden nicht gesehen. Der waldgesetzliche Auftrag mit der Konkretisierung der vom Landtag beschlossenen Leistungsaufträge für den Landesbetrieb Landesforsten umfasst neben der Bewirtschaftung des Staatswaldes insbesondere auch Leistungen im Bereich der Umweltbildung, des Walderlebnisses und der Umweltvorsorge.

Die Ausweisung eines Nationalparks ist ausschließlich auf Waldflächen im Eigentum des Landes geplant. Insofern entstehen unmittelbare Auswirkungen für Forstwirtschaft und Forstverwaltung zunächst nur für den Landesbetrieb Landesforsten.

Prinzipiell können forstwirtschaftliche Konflikte, Belastungen und Nachteile v. a. entstehen im Zusammenhang mit:
- Borkenkäfer-Vermehrungen,
- Fragen der Erschließung mit Waldwegen, d. h. mit Verbindungssachen im Besitzartenverband,
- dem Arbeitsvolumen für Forstunternehmer,
- verringerten Holzgeldaumnahmen.


Vor diesem Hintergrund lassen sich die Teilfragen a bis f zu den genannten möglichen Themenfeldern wie folgt beantworten:

Borkenkäfer:

Erschließung mit Wegen:
Es ist beabsichtigt, bereits im Vorfeld eines rechtsfähigen Verfahrens gemeinsam mit den Kommunen und anderen beteiligten Nutzergruppen der Region ein Wegekonzept zu erarbeiten. Hierbei wird in jedem Fall auf die Belange angrenzender Forstbetriebe zu achten sein.

Arbeitsvolumen für Forstunternehmer:

Einnahmen:
Mit der Einrichtung eines sogenannten Entwicklungsnationalparks werden wie dargelegt in einem bis zu 30 Jahre andauernden Übergangszeitraum vermehrt Einnahmen durch Ernte und Verkauf von Nadelholz (v. a. Fichte und Douglasie) entstehen, während die Einnahmen aus dem Verkauf von Laubholz zurückgehen. Es sei darauf hingewiesen, dass sowohl die forstbetrieblichen Deckungsbeiträge als auch die volkswirtschaftliche Wertschöpfung je m² beim Nadelholz höher liegen.

Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagte.
7. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für Kommunalentwicklung und Kommunalaushaltsen entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwieweit wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
   d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
   e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?
   f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?


Auch eine Außenwirkung in den umliegenden Bereich hinein wird nicht gegeben sein. Dies gilt unmittelbar sowie auch für die Belange des kommunalen Planungsrechtes auf den nicht vom Nationalparkgebiet berührten Flächen.


Durch die Steigerung der touristischen Attraktivität und die Intensivierung des touristischen Marketings einschließlich zu entwickelnder Zertifikate und Labels (z. B. für Nationalpark gastgeber oder Partnerbetriebe) können deutliche Impulse für die Regionalwirkung in einer Nationalparkregion entstehen. Hiervon würden die Kommunen in ihren Haushalten und Entwicklungs möglichkeiten unmittelbar profitieren. Der Nationalpark bietet insbesondere im ländlichen Raum die Chance, die Alleinstellungsmerkmale der Region zu identifizieren und wirkungsvoll herauszustellen und hierüber eine tragfähige, wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen. Hierbei werden sowohl privates wie auch kommunales Engagement zu den Haupfterfolgsfaktoren zählen.

Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagte.

8. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die lokale und regionale Wirtschaft, insbesondere die Holzwirtschaft und die damit verbundene Wert schöpfung, z. B. durch zurückgehende Holznutzungsmöglichkeiten aufgrund der Stilllegung von Waldflächen, entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwieweit wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
   d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
   e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?
   f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?


Die deutschlandweit und international mittel- bis langfristig absehbare Verknappung des Nadelholzangebotes ist eine Folge der konsequenten, ökologischen Waldumbauprogramme, die auch angesichts der klimatischen Veränderungen und zunehmenden Schäden durch Stürme und Insektenkalamitäten erforderlich werden. Die Diskussion um die Ausweisung eines Nationalparks rückt hier eine seit nunmehr rund 20 Jahren schon laufende Entwicklung in den Fokus.

Um dennoch der steigenden Nachfrage gerecht werden zu können, engagiert sich die Landesregierung weiterhin in der Mobilisierung von bislang nicht genutzten Nadelholzreserven aus dem Bereich des Kleinprivatwaldes. Ferner wird im Zuge der Ausarbei-
9. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die lokale und regionale Beschäftigung entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
   d) Inwiefern können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
   e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?
   f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

Die Arbeitsplätze im landeseigenen Wald werden durch die Nationalparkausweisung zwar inhaltlich neu definiert werden müssen und sich teils stärker in Richtung Besucherinformation und Bildungsarbeit entwickeln, das Land wird jedoch in diesem Zusammenhang keine Beschäftigten entlassen.


Der Landesregierung liegen darüber hinaus keine spezifischen Informationen über mögliche Konflikte, Belastungen und Nachteile bei der Einrichtung eines rheinland-pfälzischen Nationalparks vor. Die Erfahrungen mit den Nationalparks in anderen Bundesländern zeigen zudem, dass sich diese positiv auf die Tourismusbranche auswirken und die Wertschöpfung in den Regionen deutlich erhöhen. Wissenschaftliche Studien beziffern die Zahl der Arbeitsplätze, die vom Tourismus in den deutschen Nationalparks abhängig sind, auf rund 69.000.

Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagt.

10. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Nutzung regenerativer Energien (insbesondere Windenergienutzung und Versorgung mit Holz als regenerativem Energieträger) entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
   d) Inwiefern können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
   e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?
   f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?


Um die landespolitischen Ziele der Energiewende zu erreichen, sollen mindestens 2 % der Landeswaldfläche als Windkraftstandorte im Wald vorgesehen werden. Hingegen macht die Fläche eines Nationalparks je nach Ausformung rund 1 % der landesweiten Waldfläche aus. Die Landesregierung geht angesichts dieser Flächenverhältnisse davon aus, dass eventuelle Zielkonflikte gelöst werden können.

Die Nutzung von Brennholz als Hausbrand v. a. im ländlichen Raum hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Die durch Landesforsten vermarktete Brennholzmenge wurde innerhalb von zehn Jahren von ca. 200.000 auf 750.000 m³ erhöht. Eine weitere Steigerung ist nur noch begrenzt möglich und sinnvoll. In den nächsten Jahren gilt es, in erster Linie alle Möglich-


Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagt.

11. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Landwirtschaft entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwieweit wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
   d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
   e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?
   f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?


Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagt.

12. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Erschließung und Offenheit des Waldes für die Bürger entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwieweit wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
   d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?
   e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?
   f) Wie reagiert die Landesregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

Weiteres Ziel ist es, einen Nationalpark für die Menschen der Region und ihre Gäste zu öffnen sowie gezielt für die naturnahe Erholung sowie dem naturorientierten Erlebnis auszurichten, ohne den Schutzzweck zu gefährden. Beschränkungen wird es nur dann und insoweit geben, als diese naturschutzfachlich geboten sind. Welche konkreten Regelungen zu implementieren sind, kann derzeit noch nicht festgelegt werden, da die Regelungsefordernisse nur in der zurzeit noch nicht gewählten Ortlücke bestimmbar sind.

Wie bereits bei Frage 6 beantwortet, werden im Rahmen des Handlungsprogramms unter Beteiligung der Kommunen und Interessenabregruppen Detailregelungen erarbeitet und verabschiedet.

Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagt.

13. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für den Tourismus entstehen?
   a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?
   b) In welchem Ausmaß sind sie zwangsläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landesregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?
   c) Inwieweit wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?
d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landsregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte werden ausschließlich Chancen für die weitere, bereits heute überwiegend auf intakte Natur und Landschaft setzende, touristische Entwicklung in Rheinland-Pfalz gesehen. Hierfür sprechen die richtungsweisenden Erfahrungen aus anderen Nationalparken des Mittelgebirgsraums, die auch durch einschlägige Studien dargestellt wurden. So nennen die „Ergebnisse des Sozialökonomischen Monitorings der ersten sieben Nationalparkjahre des Nationalparks Eifel“ (1. SOM-Bericht (2004 bis 2010) bedeutende Besucherzahlen, die durch den Nationalpark induziert wurden. Eine Hochrechnung für das Jahr 2007 ermittelte insgesamt 450.000 Besucher. Ähnlich bedeutende Besucherzahlen liegen für die Nationalparke Bayerischer Wald (760.000/a), Müritz (390.000/a), Kellerwald (200.000/a) oder Hainich (380.000/a) vor. Denkbare Nachteile, die sich durch eine Besucherlenkung ergeben könnten, werden bei Weitem durch attraktive Wegeangebote, Markierungen und zusätzliche Ausstattung ausgeglichen.

Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagt.

14. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für die Klimawirksamkeit und den Wasserhaushalt entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landsregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landsregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?


Konflikte, Belastungen und Nachteile sind nicht erkennbar.

Im Übrigen gilt das zu Teilfrage 5 f Gesagt.

15. Welche Konflikte, Belastungen und Nachteile können demgegenüber für Wildbestand, Jagdrecht und Jagdausbildung entstehen?

a) Wie sollen solche Konflikte, Belastungen und Nachteile minimiert werden?

b) In welchem Ausmaß sind sie zwangläufig, in welchem Ausmaß sind sie für die Landsregierung vertretbar, in welchem Ausmaß sind sie von den Betroffenen hinzunehmen?

c) Inwiefern wird geprüft, ob die intendierten positiven Wirkungen auch durch Alternativen mit weniger oder keinen Konflikten, Belastungen und Nachteilen erreicht werden können?

d) Inwieweit können Konflikte, Belastungen und Nachteile ausgeschlossen werden?

e) Welche belegbaren Vorteile stehen dem gegenüber?

f) Wie reagiert die Landsregierung auf die vorgebrachten Einwände der Betroffenen und der Bevölkerung?

Nationalparks sichern einen wesentlichen Teil des Naturerbes in Deutschland. Sie haben zum Ziel, den möglichst ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik zu gewährleisten; dies trifft grundsätzlich auch auf die Wildbestände zu. Nationalparks in Deutschland sind jedoch meist klein und zugleich eingebettet in eine intensiv genutzte Kulturlandschaft.

Innerhalb des Nationalparks werden daher Vorkehrungen getroffen, dass nachteilige Einflüsse auf benachbarte land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen unterbleiben.

Im Nationalpark bleibt ein Management der freiliegenden Tierwelt nach Maßgabe der Ziele der Nationalparkentwicklung weiterhin möglich. Praktische Maßnahmen stellen dabei sicher, dass die Wildbestände auf ein akzeptables Maß einreguliert werden, dies gilt insbesondere für das Schwarzwild und für Wildarten, die den Waldaufland gefährden können. Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen muss an die Struktur des Gebietes und seines Umfeldes angepasst werden und wird in einer Jagdkonzeption für den Nationalpark festgelegt. Die Intensität der Regulierung der Wildbestände bemisst sich dabei an den Auswirkungen des Wildes

- auf die Entwicklungsziele im Nationalpark,
- auf Wildschäden außerhalb des Nationalparks sowie
- auf potenzielle Tierseuchenverfahren.
Die insoweit einschlägigen sonstigen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Zu den Fragen 15 a bis d:
Konflikte, Belastungen und Nachteile für Wildbestand, Jagdrecht und Jagdausübung sind nicht zu erwarten.

Konflikte, Belastungen und Nachteile für die den Nationalpark umgebende land- und forstwirtschaftliche genutzte Kulturlandschaft durch den Wildbestand im Nationalpark werden durch eine Jagdkonzeption, die auf die vor Ort anzutreffenden unterschiedlichen Ausgangssituationen und deren Entwicklung anzupassen ist, vermieden.

Zu Frage 15 e:
Ein auf die Minimierung von Störeffekten ausgerichtetes Wildtiermanagement kann dazu beitragen, dass Wildtiere wieder vermehrt tagaktiv und daher für den Besucher des Nationalparks beobachtbar werden.

Zu Frage 15 f:
Im Übrigen gilt auch hinsichtlich der Pestlegung jagdlicher Regelungen das zu Teilfrage 5 f Gesagte.

C. Die Äußerungen und das Vorgehen der Landesregierung haben zu großer Verunsicherung hinsichtlich des weiteren Verfahrens beigetragen.

16. Inwieweit ist die Suche nach einem Nationalpark-Standort angesichts der Aussage der Umweltdelinisterin, mit der Einrichtung eines Nationalparks spiele Rheinland-Pfalz in der ersten Naturschutz-Bundesliga mit, ergebnisoffen?
Die Suche nach dem bestmöglich geeigneten Standort ist unter allen denkbaren Handlungsoptionen vollständig ergebnisoffen.

17. Welche Personen oder Stellen können wirksame Bewerbungen für einen Nationalpark-Standort abgeben?
Es steht jeder hieran interessierten Person oder Stelle offen, Interessensbekundungen oder Bewerbungen abzugeben.

18. Wie wird der Willen der Bevölkerung ermittelt und dokumentiert?


19. Gebör eine Revisionsoption zur Planung für einen Nationalpark?
Alle Verfahrensschritte bei der Vorbereitung und Einrichtung eines Nationalparks sind selbstverständlich der Überprüfung, Modifikation oder Revision zugänglich.

20. Inwieweit soll die bisherige Leitlinie „Naturschutz durch Nutzung“ verlassen werden?

Für die Zielsetzung eines Nationalparks sind im Übrigen die aktiven Nutzungen in den Bereichen Naturerlebnis und Erholung einzubeziehen. Sie schaffen neue und ansonsten nur bedingt mögliche Chancen, Menschen einen intensiveren und nachhaltigeren Eindruck von Naturnähe und Nutzen des Naturschutzes insgesamt zu vermitteln. Auch dies ist somit ein Beispiel für „Naturschutz durch Nutzung“.

Die Aussage von Herrn Ministerpräsident Kurt Beck und Frau Ministerin Margit Conrad gilt uneingeschränkt weiter. Naturschutz und Naturnutzung sind im Landeswald grundsätzlich gleichrangige Ziele innerhalb der sogenannten multifunktionalen Waldbe-

22. Warum wurde zunächst eine Bekundung evtl. Interesse an der Einrichtung eines Nationalparks bis Ende 2011 erwartet?

23. Wie konnte die Landesregierung eine derartige Frist angenommen oder verlängert haben?


24. Warum hat die Landesregierung zudem in einer Weise informiert, die vor Ort vielfach für unzureichend gehalten wurde?

Die Landesregierung war, ist und bleibt bemüht, allen Nachfragen nach Informationen bestmöglich zu entsprechen.


Die vielfach positiven Rückmeldungen und sachkundigen Gespräche vor Ort zeigen, dass die ökonomische und effiziente Herangehensweise, das Informationsangebot an den Informationsbedürfnissen in den jeweiligen Regionen zu orientieren, angemessen wird. Kritische Äußerungen zum Projekt oder der Verfahrensweise liegen bei einem Vorhaben mit dieser herausgehobenen Bedeutung im Rahmen der Erwartungen.

25. Wie lange dauert die Umbauphase, bis die Waldfläche ihren Charakter als Nationalpark entfaltet?


26. Inwiefern besteht vor diesem Hintergrund Zeitdruck für die Einrichtung eines Nationalparks?

Die Landesregierung hat keinen Zeitdruck postuliert.

27. Hat für die Landesregierung eine schnelle Entscheidung Vorrang vor einer fundierten Entscheidung gehabt?

Nein.

28. Wie reagierte die Landesregierung auf die ablehnende Haltung der Bevölkerung zur Einrichtung eines Nationalparks, wie sie jetzt bei verschiedenen Informationsveranstaltungen deutlich geworden ist?

29. Inwieweit sind die Ergebnisse der Informationsveranstaltung Anlass, die Pläne und das Vorgehen zu überdenken?

30. Sieht die Landesregierung ihre Rolle im Entscheidungsprozess darin, ihre Absicht zur Einrichtung eines Nationalparks durchzuusetzen, oder darin, die potenziell Betroffenen auch über mögliche Konflikte, Belastungen und Nachteile im Sinne einer abgewogenen Entscheidung zu informieren?

Zahlreiche Personen, Einrichtungen und Gruppierungen haben sich frühzeitig und positiv geäußert und konstruktive Vorschläge unterbreitet. Es trifft nach den bislang gewonnenen Erfahrungen nicht zu, dass es eine generell ablehnende Haltung der Bevölkerung gibt. Die bislang artikulierten Bedenken oder Ablehnungen und ihre Begründungen lassen aus der Sicht der Landesregierung in vielen Fällen noch bestehende Informationsdefizite erkennen, denen im weiteren Vorgehen entgegengewirkt werden kann, ohne die individuelle und souveräne Entscheidungsfindung von außen zu beeinflussen.
31. Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Aussage in Drucksache 16/552, es sei ihr erklärtes Ziel, innerhalb der laufenden Legislaturperiode ein geeignetes Gebiet für einen Nationalpark zu finden, und der aktuellen Aussage auf der Homepage, die Phase des Beratungsprozesses nach dem Interessebekundungsvorhaben sei zeitlich unbefristet? Was gilt?


35. Mit welchem personellen Bedarf wird gerechnet? Plan die Landesregierung zur Deckung des Personals bedarf eine entsprechende Zahl von Neuanstellungen oder soll das Personal aus der Forstverwaltung bzw. der Naturschutzverwaltung (oder auch aus anderen Verwaltungen) zum Nationalpark gezogen werden? Wie kann die Aufgabenerfüllung in den Verwaltungen sichergestellt werden, die für den Nationalpark Personal abzugeben haben?

Wie bereits unter Frage 4 dargelegt, soll weitestgehend auf vorhandenes Personal vorrangig bei Landesforsten zurückgegriffen werden. Es ist deshalb zwischen Kosten, die durch die Nutzung vorhandener Kapazitäten entstehen, und zusätzlichen Mehrausgaben durch neue Aufgaben zu unterscheiden.

Ein entsprechender Personalentwicklungsplan wird dann möglich sein, wenn der noch laufende Dialog mit den Regionen abgeschlossen und Lage und Zuschnitt des Gebietes umrissen werden.

Durch ein im Nationalparkgebiet zurückgehendes Arbeitsvolumen im forstbetrieblichen Spektrum müssen die dort wegfällenden Arbeitskapazitäten nicht im selben Umfang ersetzt werden.

36. Welche Vorstellung hat die Landesregierung zur Ausstattung des Nationalparks mit einem Besucherzentrum? Mit welchen einmaligen und mit welchen laufenden Kosten wird dort gerechnet?


Ulrike Höfen
Staatsministerin